Nr. 117. 1. Ausgabe. Auflage 100000 täglich. Sonntag, 2. Mai 1909.

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Auflage in Sachsen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4.
Fernsprecher: Redaktion Nr. 3807. Expedition Nr. 4571, Verlag 542.

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 30 Pf., für das Ausland 40 Pf. Tabellensatz 40 Pf. Die zweispaltige Reklamezeile für Dresden und Umgebung 1 Mk., für auswärts 1,50 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühren 20 Pf. Inserate von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Telephonische Aufgabe von Inseraten unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annoncenbureaus, sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Ausland nehmen Inserate zu Originalpreisen und -rabatten an.

Abonnement:
In Dresden und Vororten monatlich 60 Pf., pro Quartal 1,80 Mk. frei Haus, durch unsre Provinz-Filialen monatlich 65 Pf., pro Quartal 1,95 Mk. frei Haus. Mit der Beilage „Illustrierte Neueste" oder mit der Beilage „Dresdner Fliegende Blätter" je 15 Pf. pro Monat mehr.
Postbezug in Deutschland und den deutschen Kolonien:
Ausg. A mit „Illust. Neueste" monatl. 56 Pf. pro Quart. 2,52 Mk.
„ B ohne Illust. Beilage „ 69 „ „ „ 2,06 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A mit „Illust. Neueste" monatl. 1,06 Kr. pro Quart. 4,99 Kr.
Ausg. B ohne Illust. Beilage „ 1,42 „ „ „ 4,25 „
Nach dem Auslande per Kreuzb. pr. Woche 1 Mk. Einz.-Num. 10 Pf.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. Roman siehe Seiten 9 und 10.

Die agrarische Fronde.

-o- **Berlin**, 30. April.

Die „Deutsche Tageszeitung", die Hauptruferin im Streite gegen die Erbschaftssteuer, bemerkt zu der Erklärung des Schatzsekretärs, daß die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten ein wesentlicher Bestandteil der Finanzreform sei, ohne den diese weder zustande kommen werde noch könne: „Diese Ausführungen des Herrn Sydow haben die Lage nicht geklärt, sondern verschärft. Das darf nicht verhüllt werden; damit müssen und werden wir rechnen." In der Tat hatte diese entschiedene Erklärung, die der Staatssekretär übrigens im Namen der verbündeten Regierungen abgeben konnte, die Lage überaus verschärft und zwar für die konservativen Frondeure, denen damit erneut zu Gemüte geführt worden war, welches gewagte Spiel sie mit ihrem Widerstande gegen eine nationale Notwendigkeit treiben. Schon gärt es in ihren eigenen Reihen ganz gewaltig. In Sachsen, in Württemberg, aber auch in Preußen beginnen sich die konservativen Wähler gegen die Führer aufzulehnen, die egoistische Parteizwecke höher stellen als das allgemeine Wohl. Vorläufig gibt man sich in der Reichstagsfraktion den Anschein, als ob man auch diese Bewegung für eine künstliche Mache halte, der keine tiefere Bedeutung beizumessen sei. Aber es fehlt doch auch keineswegs an Anzeichen dafür, daß auch innerhalb der Fraktion die Empfindung aufzudämmern beginnt, daß man mit diesem Kampf um die Macht, der sich mehr und mehr zu einem persönlichen Kampf gegen den Fürsten Bülow zugespitzt hat, schwere Gefahren für die Partei heraufbeschworen hat. Namentlich außerhalb Preußens hat man wenig Verständnis für diese Haltung der Reichstagsfraktion in einer Frage von so großer allgemeiner Bedeutung. Nicht ohne Neid wird man auch in diesen Kreisen nach England blicken, wo es anscheinend mit Leichtigkeit gelingen wird, das gewaltige Defizit von 300 Millionen im Staatshaushalt glatt und schnell nach den Vorschlägen der Regierung zu decken. Dort kennt man bei solchen Gelegenheiten keine kleinlichen Intrigen, keine engherzigen Parteiinteressen und keine persönliche Ranküne gegen einen Minister. Nach großen Gesichtspunkten pflegt man dort große nationale Fragen zu lösen und die Staatsnotwendigkeiten zu erfüllen.

Daß der konservative Antrag, der als Ersatz der Erbschaftssteuer eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien und Mobilien verlangt, lediglich ein Verschleppungsmittel war, ist sehr bald auch denen klar geworden, die darin zuerst einen ehrlichen Versuch erblickten, eine wirkliche Besitzsteuer ausfindig zu machen. Immerhin haben die Urheber dieses Antrages mit ihm doch etwas mehr erreicht als eine bloße Verzögerung der Beratungen. Es ist ihnen gelungen, damit die Wertzuwachssteuer mindestens zu einer Ergänzung der Erbschaftssteuer zu stempeln, was sie ursprünglich gar nicht sein sollte. Sie war vielmehr als Ersatz für die abgelehnten indirekten Steuern auf Gas, Elektrizität und Anzeigen gedacht. Nunmehr haben aber Reichspartei, Nationalliberale und wirtschaftliche Vereinigung die Reichswertzuwachssteuer als Korrelat für die Erbschaftssteuer verlangt. Mit Recht wurde von freisinniger Seite auf das Bedenkliche dieser Verbindung hingewiesen. Denn indem man will, daß diese beiden Steuern zusammen 100 Millionen Mark ergeben sollen, wird die Möglichkeit eröffnet, den Ertrag aus der erweiterten Erbschaftssteuer sehr niedrig und den aus der Wertzuwachssteuer entsprechend hoch anzusetzen. Daß damit der Charakter der Besitzsteuer völlig verschoben und verändert werden würde, ist einleuchtend. Vielleicht hofft man aber, gerade hierdurch den Konservativen den Umfall und die Zustimmung zu einer derart „denaturierten" Erbanfallsteuer zu erleichtern.

Sie setzten in der Freitagssitzung der Finanzkommission zunächst ihre Verschleppungstaktik fort. Nach der zweistündigen Mittagspause hielt der Abg. Graf Westarp, einer der Väter des konservativen Antrages, eine anderthalbstündige Rede, als ob es sich um eine Plenarverhandlung handelte. Das Zentrum sekundierte dabei wieder recht wacker. Nachdem schon der Abg. Dr. Spahn in der Vormittagssitzung längere Ausführungen gemacht hatte, wurde der Abg. Müller-Fulda nachmittags noch viel redseliger und nahm für seine finanztechnischen Darlegungen einen sehr breiten Raum in Anspruch. Dabei drängte die Zeit. Denn um 7 Uhr abends sollte der erweiterte 50er Vorstand der konservativen Partei zusammentreten, um auch seinerseits zu der Finanzreform Stellung zu nehmen. Vielleicht wollte man aber auch mit Rücksicht darauf die Entscheidung noch um einen Tag hinausschieben, wollte man zunächst abwarten, welche Beschlüsse der erweiterte Parteivorstand fassen werde.

Diese Absicht, die wahrscheinlich vorlag, ist denn auch erreicht worden. Um sechs Uhr beschloß eine aus Konservativen, Zentrum, Polen und Sozialdemokraten bestehende Mehrheit, die Verhandlung auf den nächsten Tag zu vertagen. Man will ausnahmsweise bereits um 9 Uhr früh beginnen, so daß also wohl mit Sicherheit für morgen die Entscheidung zu erwarten ist. Wie die Abstimmungen ausfallen werden, ist ganz unberechenbar. Ueberraschungen sind nicht ausgeschlossen. Aber die Hoffnung braucht noch immer nicht aufgegeben zu werden, daß ein ernster Konflikt vermieden werden kann und die Finanzreform im Sinne der Regierung und der liberalen Parteien zustande kommen wird. Zunächst hat jetzt der erweiterte Vorstand der konservativen Partei das Wort.

* * *

Im preußischen Herrenhause.

h. **Berlin**, 30. April.

Am Freitag hatte sich das preußische Herrenhaus mit dem letzten Teile der großen Besoldungsreform, dem sogenannten Mantelgesetz, zu beschäftigen, in das die Herrenhauskommission den Gesetzentwurf über den Wohnungsgeldzuschuß, der ursprünglich als besonderes Gesetz vorgelegt worden war, hineingearbeitet und dabei mannigfache Aenderungen an ihm vorgenommen hat.

In der Generaldiskussion war von dem Mantelgesetz eigentlich gar nicht die Rede, sondern man unterhielt sich in erster Linie über die Reichsfinanzreform und die Stellungnahme der Konservativen. Graf Mirbach suchte seine Freunde zu verteidigen und verwahrte sich ausdrücklich dagegen, daß er sich persönlich gegen die Erbschaftssteuer ausgesprochen habe. Er habe keine Veranlassung gehabt, aus seiner Reserve herauszutreten. Von manchen Seiten wurde diese Mitteilung so aufgefaßt, als ob sie den Umfall der Konservativen in der Frage der Reichserbschaftssteuer vorbereiten sollte. Nach den Verhandlungen der Finanzkommission des Reichstages scheint diese Auffassung einstweilen aber noch nicht zuzutreffen. Graf Mirbach verbreitete sich des weiteren über die Vorgänge auf der Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, bei der der greise Professor Adolf Wagner von den Agrariern so miserabel behandelt worden war und verlas den Briefwechsel, der aus diesem Anlaß zwischen ihm und Professor Wagner stattgefunden hatte und seinerzeit in der Presse veröffentlicht worden war. Er suchte die ganze Angelegenheit als eine Niederträchtigkeit der liberalen Presse und eine systematische Hetze gegen die Konservativen darzustellen. Bei dieser Gelegenheit richtete er auch scharfe Angriffe gegen die Professoren Adolf Wagner und Delbrück, denen aber in Oberbürgermeister Wilms-Posen und Professor v. Schmoller temperamentvolle Verteidiger erstanden. Herr Wilms sagte dem Grafen Mirbach mit verblüffender Offenheit ins Gesicht: „Wenn die Reichsfinanzreform scheitert, so ist Graf Mirbach mit seinen Freunden daran schuld."

*

Berlin, 30. April. Der weitere Ausschuß (Fünfzigerausschuß) der konservativen Partei nahm heute im Herrenhause mit großer Mehrheit folgenden Beschluß an: 1. Der weitere Ausschuß der konservativen Partei steht hinsichtlich der Reichsfinanzreform auf dem Boden der Beschlüsse des Ausschusses vom 22. April; 2. spricht er der konservativen Fraktion des Reichstages, vor allem dem bewährten Führer v. Normann, für die korrekte und entschlossene Vertretung des konservativen Standpunktes in der Frage der Reichsfinanzreform Dank und Anerkennung der Gesamtpartei aus.

* * *

„Finanzreform" in England.

Großbritannien sieht sich zurzeit in ähnlicher Lage wie das Deutsche Reich. Der neue Budgetvoranschlag mit seinem Defizit von 300 Millionen Mark fordert eine „Finanzreform", d. h. auch dort mit andern Worten neue Steuern. Das Defizit soll nach den Ausführungen des Schatzkanzlers im Unterhause gedeckt werden zunächst durch eine Erhöhung der Einkommensteuer, die ein Plus von 70 Millionen Mark bringen soll. Auch die Grundsteuer soll erhöht werden und ein Plus von 50 Millionen Mark einbringen. Ferner sollen die Steuern auf Schankstätten und andre ähnliche Lizenzsteuern erhöht und eine Klubsteuer und eine Automobilsteuer eingeführt werden.

Der Minister besprach dann eingehend noch weitere Steuern, so die Spiritus- und die Tabaksteuer, und bemerkte schließlich, all dies zusammen mit den 60 Millionen, um die der Schuldtilgungsfonds gekürzt werden solle, und mit einigen kleineren, aus andern Steuern zu erzielenden Einnahmen, werde den Fehlbetrag decken und einen Ueberschuß von über 8 Millionen Mark ergeben.

Ueber den Eindruck, den das neue Budget in England hervorgerufen hat, wird uns von unsrer Londoner Redaktion telegraphiert:

-kn- **London**, 1. Mai. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Selten wohl wurde ein Budget mit so großem Interesse erwartet, selten auch mit solcher Heftigkeit kritisiert, wie das gestern vorgelegte. Die Wirkung des neuen Budgets äußert sich bereits in England. Die Whisky-Firmen erhöhen mit dem heutigen Tage den Preis der Flasche um 50 Pf. Das Bier, das ohnehin schon teuer genug und dabei nicht von der Qualität wie in Deutschland ist, wird ebenfalls teurer werden. Die Tabakhändler werden am heutigen Tage den Preis des Tabaks und der Zigaretten erhöhen, resp. die Gewichtssätze reduzieren. Besonders groß ist die Aufregung über das neue Budget in der Londoner City. Es wird behauptet, daß die allgemeine Tendenz des Budgets gegen Finanzgeschäfte gerichtet sei. Alle Besprechungen des Budgets, die massenhaft in den Zeitungen erscheinen, zeichnen sich mehr aus durch große Ausführlichkeit als eine sachgemäße Untersuchung der Vorschläge des Finanzministers. Die nichtgouvernementalen Blätter machen sich zum Sprachrohr aller derer, die von den Bestimmungen des neuen Budgets getroffen werden, und diese fallen natürlich wütend darüber her. Verstummt sind nun in der gelben Presse die schönen patriotischen Phrasen, die zur Zeit des Flottentrummels an der Tagesordnung waren, und dabei war es doch gerade die Flotte, die herrliche englische Flotte, die am meisten dazu beitrug, daß das Budget in seiner vorgelegten Form entstehen konnte.

Eine holländische Thronerbin.

In gewissem Sinne kann man wirklich sagen: Hollands Freude ist Deutschlands Freude. Zwar haben und die stammverwandten Holländer durch Freundlichkeit niemals verwöhnt. Im Gegenteil. Sie bringen uns seit Jahr und Tag ganz grundlos das größte Mißtrauen entgegen und lassen es sich nicht ausreden, daß das große Deutsche Reich nur auf den Augenblick lauere, das kleine Holland mit Haut und Haaren zu verschlingen. Am meisten fürchteten sie, daß das Haus Oranien mit der jetzigen Königin aussterben und ein deutscher Prinz als König der Niederlande nichts Besseres zu tun haben würde, als das Land an Deutschland auszuliefern. Deshalb freuen wir uns aufrichtig, daß dieser törichten Befürchtung durch die nunmehrige Geburt einer Thronerbin der Niederlande der Boden entzogen wird. In Wirklichkeit denkt kein vernünftiger deutscher Politiker an die Annexion Hollands und gönnt dem stammverwandten niederländischen Volke von Herzen die Freude darüber, daß seine langjährigen Wünsche endlich in Erfüllung gegangen sind und die „Rose vom Stamme Oranien", wie einst Kaiser Wilhelm die sympathische Königin Wilhelmina genannt hat, eine frische Knospe hervorgebracht hat. Möchte sie blühen, wachsen und gedeihen und, falls es ihr einmal beschieden sein sollte, den Thron der Niederlande zu besteigen, dem Lande eine weise und tüchtige Herrscherin werden. Sicher ist dies ja noch keineswegs. Denn die erst 29jährige Königin, die nach achtjähriger Ehe jetzt zum erstenmal Mutter geworden ist, kann ja noch einem Sohne das Leben geben, und dann würde dieser ihr auf dem Throne nachfolgen. Jedenfalls nimmt die deutsche Nation ohne Hintergedanken und mit aufrichtiger Herzlichkeit an der Freude der Niederländer Anteil und wünscht ihnen und ihrem Herrscherhause weiter alles Gute. Uns genügt es vollständig, wenn

Berliner Brief.

Von unserm Berliner R.-W.-Mitarbeiter.

Der Kampf um die Gleichberechtigung. — Frauenschulen. — Praktische und wissenschaftliche Ausbildung. — Eine Schule ohne Schüler. — Patientenfang auf der Straße. — Die Würmer in den Zähnen. — „Zeigen Sie mir Ihre Hand, blanker Herr!" — Unangenehme Nachbarschaft. — Die Stadtväter in England. — London oder Kanossa.

Berlin, 30. April.

Die englischen Suffragettes kämpfen mit zäher Energie, mit den exzentrischsten Mitteln für die Gleichberechtigung der Frauen und vor allem für das, was sie als die Krone der Gleichberechtigung betrachten: für das Wahlrecht. Die deutschen Frauen sind nicht ganz so radikal, und wenn auch vielleicht auf dem Grunde ihrer Seelen der Wunsch schlummern mag, zugleich mit dem Manne in den politischen Kampf einzutreten und die Stimme mit in die Wagschale zu werfen; wenn es in Preußen auch bereits einen Verband gibt, der die Erreichung dieses Zieles auf seine Fahne geschrieben hat, so strebt man den Erfolg im Frauenlager doch in ruhiger Sachlichkeit an. Man geht Schritt für Schritt vor, und Schritt für Schritt gewinnt man Boden, erringt bald diesen, bald jenen kleinen Vorteil. Einer der neuesten ist die Errichtung von Frauenschulen, von denen je eine mit der Kgl. Elisabethschule und der Kgl. Augustaschule in Berlin, eine dritte mit der Viktoria-Luisen-Schule im benachbarten Wilmersdorf verbunden wurde. Dieser Tage wurden die Anstalten eröffnet, die einen doppelten Zweck verfolgen. Einmal sollen sie jungen Damen, die die höhere Mädchenschule besucht haben, Gelegenheit geben, auf einigen freigewählten Gebieten in ernster Arbeit ihre wissenschaftliche Bildung zu vertiefen. Daneben aber sollen sie die Frauen auch für einen praktischen Beruf vorbereiten und ihnen die Waffen für den Daseinskampf an die Hand geben. Der preußische Kultusminister dachte hierbei an Betätigungen, die der eigentlichen Interessensphäre der Frau besonders nahestehen: Zum Beispiel als Helferinnen in der Armen- und Waisenpflege, bei der Fabrik- und Wohnungsinspektion, bei der Polizei, bei Krippen, Kinderhorten und Vereinsarbeitsschulen, als Vereinssekretärinnen, in Kliniken, Volksküchen, bei Blinden usw. Hier harrt noch ein weites unbebautes Feld der Bearbeitung. Bisher fehlte es an geschulten Kräften, die es urbar machen könnten — nun hofft man, sie heranzubilden.

Der Lehrplan der Frauenschulen ist, seiner zwiefachen Bedeutung entsprechend, ziemlich umfassend. Er sieht die Gesundheitslehre und Kinderpflege, die theoretische und praktische Erziehungs- und Seelenlehre und die Kindergartenunterweisung vor und berücksichtigt ferner die Nadelarbeit, die im Zuschneiden und Anfertigen von Kinderwäsche und Armensachen bestehen soll. Für den Haushalt direkt bereiten Bürger- und Gesetzeskunde, Volkswirtschaftslehre und hauswirtschaftliches Rechnen vor, und der Unterricht in der Weltgeschichte des 19. Jahrhunderts rundet den Kreis dessen, was als Vorbereitung für einen Lebensberuf gilt. Der weiteren wissenschaftlichen Fortbildung dienen dagegen folgende Disziplinen: Fremdsprachliche Lektüre und Konversation, deutsche Literatur der letzten sechzig Jahre, kunstgeschichtliche Betrachtungen, Religionslehre, chemische und physikalische Erfindungen der Gegenwart, Zeichnen, Turnen u. a. m. Eine Art seminaristischer Uebungen werden Besuche in Kindergärten und von öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen bilden, an deren täglichen Arbeiten die Schülerinnen zugleich teilnehmen sollen.

Die Frauenschulen sind eröffnet worden, und in Berlin haben sie bereits ziemlichen Zuspruch gefunden. In Wilmersdorf dagegen scheint niemand von ihnen Notiz nehmen zu wollen. Die Anstalt ist da, die Lehrpersonen sind da und die Einrichtungen für den Unterricht. Nur die, für die sie bestimmt sind, fehlen — nicht eine einzige lernbegierige Hörerin hat sich bisher gemeldet. Viel reger ist die Beteiligung an der fünfklassigen Oberrealschule, die der Elisabethschule angegliedert wurde und ihren Zöglingen nach Absolvierung der Reifeprüfung den Weg zum ordentlichen Universitätsstudium öffnet, und an dem Gymnasium, das mit der Augustaschule verbunden worden ist.

Aus diesen Instituten geht vielleicht dereinst eine Reihe tüchtiger Wissenschaftlerinnen hervor, man darf aber gewiß sein, daß die Aerztinnen unter ihnen es nicht so machen werden, wie eine gelehrte Jungfrau aus dem Reiche der Mitte, die gegenwärtig im Westen Berlins einiges Aufsehen erregt. Die mittelgroße, nicht gerade übermäßig mit dem Gute der Schönheit oder Grazie belastete Dame fällt schon durch die Extravaganz ihrer Kleidung auf. Sie trägt zu weiten Männerhosen eine blauseidene Jacke, die ihr fast zu den Knöcheln reicht und mit aufsallenden Stickereien geschmückt ist: Man sieht da in gelber und rosa Abtönung Drachen von ungewöhnlicher Größe, um die leuchtend bunte Schmetterlinge ihr fröhliches Spiel treiben. Dieselben Ornamente finden sich auf der runden Seidenmütze, die der Dame als Kopfbedeckung dient. Das alles wäre aber noch gar nichts, wenn nicht die Holde auf dem Rücken und auf der Brust Metallschilder spazierenführen würde, die jeden des Lesens Kundigen über ihren Stand und Beruf unterrichten. In deutschen und chinesischen Lettern steht da nämlich die folgende kleine Selbstbiographie: „Ich bin eine chinesische Aerztin. Kuriere Augen, Nasen, Ohren und ziehe Würmer aus den Zähnen."

Das Fräulein Doktor betreibt die Wissenschaft im Umherziehen. Sie ist der jedenfalls nicht unbegründeten, nur leider von ärztlichen Standesvereinen Deutschlands nicht geteilten Meinung, daß es langweilig und unfruchtbar ist, auf Patienten zu warten. Viel lohnender ist es ohne Zweifel, sie aufzusuchen, und aus dieser Ueberlegung heraus handelt die chinesische Aerztin. Sie geht von Haus zu Haus, wo ihre Landsleute wohnen und bietet überall ihre Dienste an, ohne darüber übrigens eine etwaige europäische Klientel zu mißachten. Denn auch an verschiedenen Türen, hinter denen Deutsche wohnen, hat sie schon die Klingel gezogen, und wenn das öffnende Dienstmädchen entsetzt zurückprallte, dann fragte sie in gebrochenen Worten, ob hier keine Kinder wären, denen sie die „Würmer aus den Zähnen ziehen" könne.

Das scheint eine Spezialität der Dame zu sein, die damit den auch bei uns hier und da verbreiteten Aberglauben kultiviert, daß in den Zähnen hausende Würmer die Ursache der Zahnschmerzen seien. Die wackere Chinesin ist übrigens nicht die einzige, die jetzt in vollster Oeffentlichkeit abergläubischen Hokuspokus treibt — mit ihr wetteifern Angehörige eines andern fremden Stammes. Durch die ganze Stadt ergießt sich seit einigen Wochen schon ein Strom von Zigeunern, die bald hier, bald da auftauchen und überall spähen, wo sich ihrem industriellen Sinn ein Verdienst bietet. Meist bekommt man ihre zarte Weiblichkeit zu Gesicht, braune Hexen mit wirr in die Stirn hängendem schwarzen Haar, mit großen goldenen Ohrringen und in phantastisch bunter Kleidung. So erscheinen sie in allen möglichen Stadtvierteln und klopfen an die Hintertüren der Wohnungen, um den Dienstmädchen einen Blick in die Zukunft zu eröffnen. Aber sie bleiben bei dieser immerhin nicht ganz neuen Art des Geschäftsbetriebs nicht stehen, sondern sie suchen ihre Kundschaft auch anderwärts. So besteigen plötzlich zwei der Weiber die Straßenbahn, bezahlen ihren Nickel und nehmen auf der hinteren Plattform Platz. Und dann wenden sie sich unversehens an einen neben ihnen stehenden Herrn, den sie mit kriechender Demut in Stimme und Haltung apostrophieren: „Zeigen Sie mir Ihre Hand, blanker Herr!" Und ehe der Ueberraschte noch etwas erwidern kann, haben sie auch schon seine Rechte ergriffen, und nun geht's los. Allein es scheint, als ob die Sache doch nicht so ganz einfach sei, denn die Wahrsagerinnen erklären, die wirkliche und echte Zukunft könnten sie erst enthüllen, wenn ihr Opfer Geld auf die Handfläche lege. Das geschieht denn auch, der Born der Weisheit fließt, und schließlich ist das Geldstück, das solches Wunder bewirkte, aus der Hand des Berliners in die der Zigeunerin übergegangen, die nun hocherfreut absteigt und das Feld ihrer segensreichen Tätigkeit auf einen andern Straßenbahnwagen verlegt.

Die Zigeuner sind eine rechte Landplage für Berlin, und unangenehm werden sie namentlich von unsern Stadtvätern empfunden. Denn genau gegenüber dem stattlichen monumentalen Hoffmannbau des neuen Stadthauses, das bereits zum Teil in Benutzung genommen ist, haben sie in einem alten, baufälligen Gebäude ihre Zelte aufgeschlagen und mit ihrem Reichtum an ungewaschenen Kindern, ihrem Lärm und Geschrei, den ewigen Raufhändeln, die unter ihnen blühen, bilden sie eine nichts weniger als angenehme Nachbarschaft.

Freilich, ein guter Teil der Herren, die unsre kommunale Politik machen, wird ja demnächst für eine Weile der lästigen Gesichts- und Gehörswahrnehmungen aus dem Zigeunerlager überhoben sein, denn sie werden im Mai einer Einladung des Lord-Mayors nach London folgen, wo sie kommunale Einrichtungen studieren und sich verbrüdern wollen. Auch die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat einige ihrer Mitglieder zu der Reise delegiert, und darüber herrscht nun im Kreise der Genossen helle Empörung. Man hat sich in öffentlichen Versammlungen mit der Angelegenheit beschäftigt, hat behauptet, daß nie etwas dabei herauskomme, wenn die Sozialdemokraten Arm in Arm mit den „Bourgeois" gingen, und hat sogar den Zentralvorstand der Partei als oberste Instanz um seine Entscheidung angerufen. So kann es wohl geschehen, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten vor die Wahl gestellt werden, ob sie nach London oder — nach Kanossa gehen wollen . . .

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1909050201/1